

dieses Jahr Asien und zu einem bisher noch nicht festgelegten Termin Europa und Australien/Ozeanien – so soll die Kirche gleichsam nach einem identischen Strickmuster für das dritte Jahrtausend fit gemacht werden. Ein differenzierter Blick auf die je verschiedene, historisch gewachsene Lage einer bestimmten Ortskirche paßt in dieses Schema offenbar nur begrenzt hinein.

Im Fall der Amerikasynode spielte man zwar mehr oder weniger lautlos mit – Vorbehalte waren aber unter den Teilnehmern zu hören. Gespannt sein darf man, wie es bei der Asiensynode weitergeht. Hier haben sich jedenfalls die japanischen Bischöfe in ihrer Antwort auf die Lineamenta äußerst kritisch zu dem „im Kontext des westlichen Christentums“ entstandenen inhaltlichen Konzept geäußert. Sie setzten sich

dafür ein, daß Inhalt und Ablauf der Synode für Asien nicht von Rom, sondern von den Kirchen Asiens bestimmt werden sollten (Weltkirche, Nr. 7–1997, S. 209 ff.).

Das römische Synodensekretariat mag die weiteren kontinentalen Treffen mit gleichbleibendem Eifer vorbereiten und durchführen – ein in mancherlei Hinsicht problematisches Synodenkonzept könnte sich dennoch totlaufen. Das Ausmaß des Problemdrucks auf vielen Gebieten des kirchlichen Lebens steht in einem auffälligen Mißverhältnis zur ritualisierten Wiederkehr von Bischofstreffen, die sich zu wenig intensiv mit konkreten anstehenden Problemen befassen können, um tatsächlich etwas zu bewirken. Der Reiz eines ungewohnten Wir-Gefühls könnte sich als zu kurzlebig erweisen.

Klaus Nientiedt

„Eigene Ausdrucksform von Leben“

Fragen zu Behindertenhilfe und -integration an Pastor B. Wolf (Bethel)

Skandalöse Gerichtsurteile und die Zunahme gewalttätiger Übergriffe gegen behinderte Menschen geben Anlaß zur Sorge. Auf der anderen Seite stehen etwa Erfolge bei der Integration behinderter Kinder in Regelschulen, konnte ein besonderer Diskriminierungsschutz im Grundgesetz festgeschrieben werden. Über die Lage behinderter Menschen heute sprachen wir mit Pastor Bernward Wolf, Leiter in der Westfälischen Diakonenanstalt Nazareth und Mitglied im Vorstand der von Bodelschwingschen Anstalten Bethel. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Pastor Wolf, schon in der Art und Weise, in der Nichtbehinderte von behinderten Menschen sprechen, zeigen sich Befangenheit, Unsicherheit, Ängste, Insensibilität, aber auch der Mangel an Respekt, Anerkennung und Verständnis. Von ‚Krüppeln‘ und ‚Irren‘ spricht man heute nicht mehr, sondern meist von den ‚Behinderten‘...

Wolf: Der angemessene Begriff ist sicherlich ‚Menschen mit Behinderung‘ oder ‚behinderte Menschen‘. Von ‚Behinderten‘ zu reden, bedeutet, Menschen auf ihr Behindertsein zu reduzieren. Die Behinderung aber macht meist nur einen kleinen Teil einer Persönlichkeit aus. Behindertsein ist ein Attribut, eine Eigenschaft unter vielen anderen Eigenschaften eines Menschen. Behindertsein ist aber nicht nur eine Eigenschaft eines Menschen. Es hat meistens auch eine soziale Seite. Die Kampagne ‚Aktion Grundgesetz‘, die mit einer großen Plakataktion im letzten Jahr begonnen wurde, drückt dies so aus: Behindert ist man nicht, behindert wird man. Damit soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß die größten Einschränkungen, die ein behinderter Mensch bewältigen muß, nicht in ihm selbst liegen, sondern darin, wie ihm seine Umwelt und unsere Gesellschaft begegnen, wie ihm Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt oder verweigert werden.

HK: Hat sich auch der Sprachgebrauch in einer Einrichtung wie Bethel gewandelt?

Wolf: Hier in Bethel wurde früher von ‚unseren Kranken‘ gesprochen. Auch darin drückte sich eine bestimmte Haltung aus. Es gab eine hohe Identifizierung der hier Arbeitenden mit den Hilfsbedürftigen. In dem ‚unser‘ aber lag auch etwas Besitzergreifendes. Vor allem aber sind behinderte Menschen nicht per se krank. Behinderung ist eine Beeinträchtigung, die sich durch ein Leben hindurchzieht, eine Krankheit aber ist zeitbegrenzt, auch wenn sie sehr lange dauern kann.

„Behindertenfeindlichkeit scheint heute eher subtiler zu sein“

HK: Behindertenverbände, ihre verschiedenen Unterstützerguppen und -initiativen beklagen, wie jüngst erst anläßlich des international begangenen Tages des behinderten Menschen, ein behindertenfeindliches Klima in unserer Gesellschaft, einige sehen sogar in den letzten Jahren eine Entwicklung zum Schlechteren. Ist diese Klage berechtigt? Wel-

che Anzeichen zunehmender Behindertenfeindlichkeit beobachten Sie?

Wolf: Beispielsweise kann man mehr und mehr über Gewalt gegen behinderte Menschen hören. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß das Gewaltpotential in unserer Gesellschaft insgesamt zunimmt. Häufig richtet sich diese Gewalt gegen Menschen, die in irgendeiner Form „anders“ sind. Das kann Ausländer betreffen, Menschen mit Behinderung oder auch andere. Gerade zum Jahreswechsel hat es wieder eine Reihe von erschreckenden Gewalttaten gegeben. Insgesamt scheint mir die Behindertenfeindlichkeit heute jedoch eher subtiler geworden zu sein: Anders als in den siebziger und achtziger Jahren hat Solidarität als eine gesellschaftlich anerkannte Haltung und als politisches Ziel heute nicht mehr den gleichen Stellenwert; die Bereitschaft, Solidarität zu fordern, besonders aber auch zu praktizieren, ist erkennbar geschrumpft. Dies ist auch in der behindertenpolitischen Diskussion zu spüren. Es gibt für die Weiterentwicklung der Lebensmöglichkeiten behinderter Menschen keine selbstverständliche Basis mehr, keine selbstverständlich getragene gemeinsame Verantwortung. Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, die sich in besonderen Lebenssituationen befinden, geraten daher zunehmend unter Rechtfertigungszwang, und das steht in Widerspruch zu den Werten, die das Grundgesetz vertritt.

HK: Wo bekommen behinderte Menschen diese veränderte Grundhaltung, diesen erhöhten Rechtfertigungsdruck zu spüren?

Wolf: Beispiele hierfür sind etwa die Debatten um die Pflegeversicherung und die Eingliederungshilfe. Bei diesen Auseinandersetzungen geht es kaum noch um die inhaltlichen Fragen der Hilfe und Unterstützung, sondern im wesentlichen nur noch um den Kostenaspekt, konkret um mögliche Einsparungen. Dabei wird auch mit falschen Argumenten gestritten. Die Rede etwa von der Explosion der Sozialkosten ist einfach nicht zutreffend. Der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt hat seit Anfang der siebziger Jahre nicht zugenommen. Aber mit den für Soziales aufgewandten 33 Prozent des Bruttosozialproduktes müssen heute viel mehr Menschen unterstützt werden als noch in den siebziger Jahren, nicht zuletzt auch wegen der immer größer werdenden Gruppe der Arbeitslosen. Wer in dieser Situation für behinderte und hilfsbedürftige Menschen eintritt, spürt enormen Legitimationsdruck. Auch wenn die Situation behinderter Menschen in unserem Land vielleicht besser ist als in manchem anderen, kann das kein Grund sein, positive Entwicklungen rückgängig zu machen. Der Lebensstandard bei uns ist insgesamt vergleichsweise hoch, und da müssen natürlich auch die Menschen einbezogen werden, die besondere Unterstützung brauchen, um ihr Leben führen zu können.

HK: Was hat sich in den politischen Debatten konkret geändert, wenn denn nicht mehr in gleichem Maße wie früher Hilfe und Unterstützung für behinderte Menschen als Aufgabe der ganzen Gesellschaft verstanden werden?

Wolf: Die politische Diskussion wird immer weniger von dem gemeinsamen Interesse begründet, für Menschen, die mit bestimmten Handicaps leben müssen, Voraussetzungen zu schaffen, daß diese soweit wie möglich gleiche Lebensmöglichkeiten und -chancen haben. Darauf zielt die ‚Eingliederungshilfe‘ wie im Paragraphen 39 des Bundessozialhilfegesetzes beschrieben wird. Es geht darum, den behinderten Menschen „in die Gesellschaft einzugliedern“, insbesondere, ihm „die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihm die Ausübung eines angemessenen Berufes oder einer sonstigen Tätigkeit zu ermöglichen oder ihn soweit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen“. Der damit verbundene Anspruch auf Eingliederungshilfe gilt für alle behinderte Menschen, und wir machen immer wieder die überraschende Erfahrung, welche Entwicklungen und welche Anteilnahme am Leben auch für sehr schwer behinderte Menschen möglich sind, wenn sie die entsprechende Unterstützung bekommen. Das wird in den gegenwärtigen Diskussionen kaum ernsthaft berücksichtigt. Das Ziel einer Reduzierung der Kosten verdeckt alles andere.

„Maßstab unserer Arbeit ist die Würde des behinderten Menschen“

HK: Der ganze soziale Sektor steht unter erheblichem Druck zur Kostenreduzierung. Was beunruhigt Sie da so besonders an der politischen Debatte im Bereich Hilfe für behinderte Menschen?

Wolf: Es geht jetzt darum, wieviel Geld zur Verfügung gestellt werden soll, nicht mehr darum, was behinderte Menschen brauchen. So wird versucht, möglichst viele behinderte Menschen in die Zuständigkeit der Pflegeversicherung abzuschieben. Aber das Ziel der Eingliederungshilfe kann nicht durch Leistungen der Pflegeversicherung ersetzt werden, die von einem sehr eingeschränkten Pflegeverständnis ausgeht und sich vor allem auf körperliche Pflege bezieht. Da das Pflegeversicherungsgesetz mit Blick auf alte Menschen entwickelt worden ist, war offenbar der Gesichtspunkt der Begleitung und Unterstützung zu einem möglichst normalen Leben nicht im Blick. Für behinderte Menschen geht es aber um die Gestaltung ihres gesamten Lebens und nicht nur um eine zeitlich begrenzte Phase von Krankheit oder Alter. Es mag ja die eine oder andere Stelle gegeben haben oder auch noch geben, wo Abläufe kostengünstiger gestaltet werden können oder andere Einsparungen noch möglich sind. In den vergangenen Jahren ist hier in vielen Bereichen bereits sehr viel geschehen. Es ist jetzt allerdings kaum noch Spielraum da, und wir stehen an der Grenze, jenseits derer die Lebensqualität von Menschen mit Behinderung zur Disposition steht. Der Individualismus, der unsere Gesellschaft prägt, scheint die Ansprüche und Rechte von behinderten Menschen auf Individualität auszuschließen.

HK: Inwiefern bestimmt die Orientierung an dieser Individualität die Arbeit im Bereich der Behindertenhilfe und -integration?

Wolf: Jeder muß die Chance bekommen, daß sein Leben gelingen, daß er sein Leben bejahen kann einschließlich seiner Einschränkungen. Unsere Arbeit der letzten Jahre war von dem Assistenzprinzip, also dem besonderen Anliegen bestimmt, Menschen, die mit Einschränkungen leben müssen, so zu unterstützen, daß sie so selbständig wie möglich leben können. Wir führen nicht das Leben für die behinderten Menschen, sondern begleiten und unterstützen sie. Der Maßstab unserer Arbeit ist die Würde des behinderten Menschen, seine Bedürfnisse und Entscheidungen. In der konkreten Arbeit ist dieses Assistenzprinzip allerdings oft sehr schwierig zu realisieren: Derjenige, der im Behindertenbereich arbeitet, muß erst einmal lernen, sehr genau hinzuhören und hinzuschauen, um zu erkennen, was ein behinderter Mensch wirklich will und braucht.

HK: Geraten jetzt auch diese Ziele und Standards in der Behindertenarbeit in Gefahr?

Wolf: Diese Ziele gelten auch weiterhin für unsere Arbeit. Gerade mit der Notwendigkeit, die Qualität unserer Arbeit deutlicher zu beschreiben, werden sie in der Mitarbeiterschaft intensiv diskutiert. Aber natürlich sehen wir die Gefahr, daß der Umbau oder richtiger der Abbau des Sozialstaates und die Dominanz der Kostendiskussion die Umsetzung dieser Ziele massiv gefährden. Trotzdem hoffen wir gerade im Wahljahr auf die Unterstützung von Politikerinnen und Politikern, so daß doch noch Regelungen erreicht werden, die die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erhalten. Die Fachverbände der Behindertenhilfe haben dafür Vorschläge gemacht, die hoffentlich auf offene Ohren stoßen.

HK: Wie setzen Sie das Prinzip der Unterstützung und Begleitung hier in Bethel um?

Wolf: Wir haben die Erfahrung gemacht, daß eine Reihe von Menschen, die vor vielen Jahren hergekommen sind und lange Zeit in einem Heim gelebt haben, heute mit einer ambulanten Betreuung selbständig in einer eigenen Wohnung leben können. In den letzten Jahren wurden neue Möglichkeiten geschaffen, damit behinderte Menschen in die Stadt ziehen können. Andere haben den Wunsch geäußert, in die Region zurückzuziehen, aus der sie ursprünglich stammen, wo vielleicht Verwandte oder Bekannte leben oder wo es einfach eine heimatliche Verbundenheit gibt. Auch dies ließ sich für eine ganze Reihe von Menschen realisieren. Es gibt andere Menschen mit stärkeren Behinderungen, die einen höheren Bedarf an Betreuung und Begleitung haben und daher eher in Einrichtungen, wie der unseren mit ständiger Begleitung leben müssen. Das Ziel bleibt aber, sie soweit wie irgend möglich und soweit sie es selber wollen, bei der Teilhabe am Leben der Gemeinschaft zu unterstützen. Für den schwerbehinderten Menschen, der sehr viel nahe Betreuung

braucht, ebenso wie für den äußerlich nicht so schwer behinderten, der alleine lebt, gilt aber das gleiche Prinzip: Zuerst müssen wir erfahren und lernen, was dieser einzelne Mensch selbst will und braucht.

HK: Stehen solche Bemühungen um möglichst dezentrale, vor allem aber am Einzelfall orientierte Hilfsangebote mit der ‚Deckelung‘ der Mittel jetzt wieder zur Disposition?

Wolf: Das eigentlich Problem besteht darin, daß solche inhaltlichen Fragen in der aktuellen behindertenpolitischen Diskussion gar nicht oder kaum noch in den Blick geraten. Für uns wird es dort schwierig, wo nicht mehr geschaut werden kann, was für den einzelnen Menschen das Richtige ist, und eine konkrete Lebenssituation nur noch unter finanziellen Gesichtspunkten beurteilt wird. Es kann nicht jeder Preis für alles gezahlt werden. Aber die Gesellschaft muß dem gerecht werden, was sie als Anspruch artikuliert und definiert hat, nämlich die Chancengleichheit aller Menschen.

„In der Biotechnologie entsteht eine gefährliche Eigendynamik“

HK: Die Fülle der verschiedenen Behindertenorganisationen und -verbände ist kaum zu überschauen. Haben diese und andere Anwälte behinderter Menschen nicht das nötige politische Gewicht, solchen Entwicklungen entgegenzutreten?

Wolf: Es gibt die vier großen Fachverbände der Behindertenhilfe – Caritas, Diakonie, Lebenshilfe und die Anthroposophen –, die ihre Zusammenarbeit in den letzten Jahren sehr intensiviert haben, die auch im politischen Raum Beachtung finden und schon einiges bewirken konnten. Wir sind sehr froh, daß sich das so entwickelt hat. Trotzdem haben sie sicherlich nicht die gleiche politische Macht wie andere gesellschaftliche Gruppierungen und Interessenverbände. Die Fülle der Gruppen, der Selbsthilfe- wie der Unterstützerorganisationen beweist, wie viele Menschen in diesem Bereich engagiert sind. Wo es um politische Entscheidung und politische Macht geht, bleiben diese Gruppen in der aktuellen Diskussion leider relativ schwach.

HK: Wie könnte die Lobbyarbeit für behinderte Menschen gestärkt, das politische Standing von Selbsthilfe- und Unterstützergruppen verbessert werden? Wie könnten dabei auch die Kirchen in ihrer Anwaltschaft von innen wie von außen gestärkt werden?

Wolf: Die Kirchen gehören unter den gesellschaftlichen Großgruppen sicherlich zu denen, die mit am deutlichsten Position zugunsten behinderter Menschen beziehen. Sie müssen sich allerdings fragen lassen, wie weit sie das, was sie fordern, selbst einlösen. In vielen Gemeinden und kirchlichen Gruppen machen behinderte Menschen die Erfahrung, willkommen zu sein und ernst genommen zu werden. Aber viele machen eben auch die Erfahrung, ignoriert oder abgewiesen zu werden. In einem ökumenischen Memorandum

wurde 1978 dazu erklärt: Eine Gemeinde ohne behinderte Menschen gibt es nicht. Wo sie fehlen, ist eine Gemeinde behindert. Die Grenzen kirchlicher Anwaltschaft liegen dort, wo sie von ihren Mitgliedern her eben auch nur Spiegel der Gesellschaft sind.

HK: Mehr oder minder subtile Behindertenfeindlichkeit beklagen Selbsthilfe- und Unterstützerguppen auch angesichts einer anderen aktuellen Entwicklung: Der rasante Fortschritt in der Gentechnik, besonders aber dessen mangelhafte politische und ethische Gestaltung könnten dazu führen, daß behindertes Leben immer mehr als der unbedingt zu vermeidende Störfall begriffen wird. Sind solche Ängste berechtigt?

Wolf: Was die Bioethikkonvention des Europarates betrifft, die vom Bundestag ja bisher noch nicht ratifiziert wurde, sind wir völlig zu recht alarmiert. Wenn an nichteinwilligungsfähigen Menschen – dazu zählen beispielsweise Menschen, die aufgrund ihrer geistigen Behinderung nicht selbst entscheidungsfähig sind – fremdnützige Forschung ermöglicht werden soll, begeben wir uns auf eine gefährlich schiefe Ebene. Ähnlich wie im wirtschaftlichen Bereich scheint sich in der Biotechnologie und Biomedizin eine gefährliche Eigendynamik zu entwickeln: Es muß geforscht werden, um jeden Preis. Daß medizinische Forschung dem Menschen dienen soll, scheint in diesem Bereich mehr und mehr in den Hintergrund zu geraten.

HK: Besondere Bedenken bestehen gegenüber der sich mehr und mehr zur Routineuntersuchung entwickelnden pränatalen Diagnostik. Eltern behinderter Kinder sehen sich plötzlich unter Rechtfertigungszwang: das Leid des Kindes und die Kosten hätten sich doch vermeiden lassen ...

Wolf: Grundsätzlich besteht sicherlich die Gefahr, daß behindertes Leben angesichts solcher Entwicklungen immer mehr unter Kosten- und Nützlichkeitsgesichtspunkten bewertet wird, bis dahin – und diese Entwicklung ist beispielsweise in den USA schon zu beobachten –, daß sich Eltern verteidigen müssen, wenn sie ein voraussichtlich behindertes Kind nicht abtreiben lassen. An dieser Stelle sind wirklich Dämme gebrochen.

HK: Was läßt sich einem solchen Dammbbruch entgegensetzen? Schließlich ist es sicherlich doch so etwas wie ein Grundstreben des Menschen, Leid, Krankheit und eben auch Behinderung, wenn nicht aus der Welt zu schaffen, so doch zu vermindern ...

Wolf: Mit dieser Entwicklung gerät nach und nach aus dem Blick, daß Behinderung eine eigene Ausdrucksform von Leben ist. Im Urteil über behindertes Leben ist das Bild und Verständnis des Menschen überhaupt im Kern getroffen. In der Begegnung mit einem behinderten Menschen treffe ich nicht nur auf eine andere Person, sondern ich entdecke auch sehr viel von mir selbst. Vielleicht läßt sich diese Begegnung mit der Betrachtung eines Kunstwerkes vergleichen: Dort werden manchmal auch einzelne Momente verzerrt, über-

deutlich dargestellt, manchmal auch so, daß genaues Hinsehen schmerzt. Dennoch aber kommt in diesem Kunstwerk Wahrheit zur Sprache, in der Begegnung mit dem Kunstwerk wird in mir etwas angerührt, was sonst eher verborgen ist. Ähnlich ist dies auch in der Begegnung mit behinderten Menschen, die manchmal sehr anders, sehr fremd sind und die doch in diesem Anderssein, vieles von dem darstellen, was Menschsein ausmacht. Man könnte vielleicht sagen: In der Begegnung mit behinderten Menschen wird Leben in konzentrierter Form erfahrbar.

HK: Liegt in einem solchen Blick auf Behinderung und auf das mit dieser verbundene Leid nicht auch die Gefahr der Schönfärberei, einer für Nichtbehinderte bequemen, euphemistischen Verbrämung?

Wolf: Diese Gefahr besteht. Insbesondere da, wo wir in behinderten Menschen ‚immer-fröhliche‘ Menschen sehen. Eine Behinderung bringt für viele Menschen sehr viel Leid mit sich. Mir geht es aber um die Perspektive und die Haltung, mit denen wir behinderten Menschen begegnen und wie wir mit ihnen umgehen: Wir können diesem Leid nicht mit Mitleid begegnen. Das hilft niemandem. Die leidvolle Situation soll auch nicht gutgeredet werden. Ich als Nichtbehinderter kann den behinderten Menschen nur in seiner Ähnlichkeit wie seiner Andersheit sehen und achten und die menschliche Begegnung suchen.

HK: Wenn sich in unserer Gesellschaft wirklich die Normvorstellung herausbilden sollte, wonach bestimmte körperliche und geistige Beeinträchtigungen als schlechthin unzumutbar gelten – wie kann da noch gegengesteuert werden?

Wolf: Hier gilt es ebenso dort anzusetzen wie in der Debatte über die Integration von behinderten Menschen überhaupt: Erst da, wo Menschen anderen, die anders sind, begegnen, relativieren sich Bilder und Vorstellungen. Wir machen diese Erfahrung doch wieder und wieder: Besucher kommen nach Bethel, sind aufgeregt, reserviert, ängstlich und unsicher. Nach wenigen Minuten der Begegnung beginnt dann schon eine Entkrampfung. Wenn solche Begegnungen im normalen Umfeld immer weniger vorkommen, bleibt solches Lernen aus, bleiben die vielen Bilder und Vorstellungen über *die* behinderten Menschen, deren Leben und Lebensperspektive unhinterfragt wirksam.

„Behinderte Menschen sind heute selbstbewußter und mutiger“

HK: Ist demnach eine geringere Präsenz von behinderten Menschen im alltäglichen Stadtbild möglicherweise mitverantwortlich für ein problematischer gewordenes Verhältnis ihnen gegenüber?

Wolf: Ich glaube gar nicht, daß die Präsenz gesunken ist. Behinderte Menschen sind heute präsenter als früher, weil ein Großteil von ihnen mutiger, selbstbewußter geworden ist.

Und gerade das ist ja das Ziel der Eingliederungshilfe. Sie haben gelernt, sich mit ihrer eigenen Lebenssituation auseinanderzusetzen. Sie verfügen über eine erlernte Stärke, die Lebensqualität bedeutet. Behinderte Menschen ermöglichen so von sich aus Begegnung. Die Frage ist, ob und wieweit Menschen ohne Behinderung sich darauf einlassen.

HK: Seit über drei Jahren nun ist nach langer und zum Teil kontrovers geführter Diskussion das Verbot der Diskriminierung behinderter Menschen im Grundgesetz explizit festgeschrieben. Konnten – quasi mit dem Grundgesetz im Rücken – bestehende Diskriminierungen abgebaut werden? Hatte die Verfassungsergänzung die erwünschte Signalwirkung in die Gesellschaft?

Wolf: Daß das Diskriminierungsverbot ausdrücklich festgeschrieben wurde, war in jedem Fall ein wichtiger Fortschritt. Und ich war eigentlich der Meinung, daß danach kein Gerichtsurteil mehr möglich wäre, in dem einem Reisenden eine Teiltrückerstattung der Hotelkosten zugesprochen wurde, weil in seinem Hotel auch behinderte Menschen Urlaub machten, deren Anblick als wertmindernd eingestuft wurde. Ich hatte gehofft, daß so etwas heute eindeutig als Widerspruch zum Diskriminierungsverbot beurteilt würde. Um so erschrockener bin ich, daß nun ein Kölner Gericht einem Kläger Recht gegeben hat, der sich durch die ‚Fremdartigkeit‘ der Äußerungen behinderter Menschen in seiner Nachbarschaft gestört fühlt.

HK: Ein zentraler Aspekt in der Auseinandersetzung um Integration und Förderung behinderter Menschen ist erst jüngst Gegenstand eines Rechtsstreites geworden – die Frage nach dem Recht behinderter Kinder, in Regelschulen unterrichtet zu werden ...

Wolf: Ohne das Antidiskriminierungsgesetz hätte diese Frage vielleicht gar nicht in der Form Angelegenheit eines Gerichtes werden können. Immerhin! Ob sich jedoch dieses Diskriminierungsverbot auch auf das gesellschaftliche Bewußtsein, auf die Integrationsbereitschaft und den Umgang mit behinderten Menschen überhaupt auswirkt, läßt sich nach drei Jahren kaum sagen. Ein solcher Einstellungswandel ergibt sich eben eher dadurch, daß Menschen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft behinderte Menschen erleben und vielleicht nach anfänglichen Ängsten auch die Bereicherung solcher Begegnungen spüren. In politischen Auseinandersetzungen aber ist es sehr wichtig, sich auf den Antidiskriminierungsparagrafen berufen zu können.

HK: Wo hinkt die Integration behinderter Menschen besonders hinterher? Wo ist ihre Diskriminierung noch besonders eklatant?

Wolf: Dazu gehört sicherlich die immer noch erheblich eingeschränkte Bewegungsfreiheit behinderter Menschen in einer Stadt. Vor allem erleben Menschen mit Behinderung ihre Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote behinderter Menschen ist doppelt so hoch wie die im Durchschnitt. Nach wie vor zahlen viele Betriebe lieber die

Schwerbehindertenabgabe. Handlungsbedarf besteht weiterhin aber auch bei der Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindergärten und Regelschulen. Sicherlich ist es nicht immer der richtige Weg, behinderte Kinder zusammen mit nichtbehinderten zu unterrichten. Es geht prinzipiell um die Möglichkeit, die individuell beste Lösung zu finden. Massive Diskriminierung erleben wir aber besonders, wenn wir versuchen, für behinderte Menschen Wohnungen in der Stadt anzumieten. Viele Nachbarn betrachten behinderte Menschen als Wertminderung ihrer eigenen Wohnung. Hier ist noch viel Überzeugungskraft notwendig. Entscheidend ist die Überwindung der Schwellen und Ängste und die Bereitschaft, sich auf Begegnung mit behinderten Menschen einzulassen, die in mancher Beziehung anders, in vielerlei Hinsicht aber überhaupt nicht anders sind als andere Menschen.

HK: Klage über die mangelhafte Integration Schwerbehinderter in den Arbeitsmarkt wird seit Jahren geführt. Gibt es angesichts der allgemeinen Situation auf dem Arbeitsmarkt überhaupt realistische Chancen, daß sich an der gegenwärtigen Situation etwas ändert?

Wolf: Dies ist sehr schwierig, vor allem dann wenn man die Integration behinderter Menschen nur als isoliertes Problem betrachtet. So ergeben sich sehr schnell Konkurrenzsituationen mit anderen, die auch auf Arbeit warten. Lösungen müssen für die verschiedenen Gruppen Arbeitssuchender gemeinsam gesucht und gefunden werden.

„Die Einstellung zur Behinderung ist eine Frage wachen Lebens“

HK: Können gutgemeinte Appelle an Arbeitgeber und Belegschaften dabei viel bewirken?

Wolf: Moralische Appelle sind das eine. Ich halte sie auch für wichtig, denn das Recht auf Arbeit und die Verteilung von Arbeit hat eine ethische, eine moralische Seite, ist eine Frage der Wertsetzung in unserer Gesellschaft. Das sollte deutlich benannt werden. Aber natürlich bedarf es dann auch einer Überprüfung der gesetzlichen Regelungen. Die Höhe der Schwerbehindertenabgabe muß so bemessen sein, daß darin die gesamtgesellschaftliche Verpflichtung zur Integration behinderter Menschen deutlich wird. Wenn diese Verpflichtung nicht eingehalten wird, muß die Kompensation für die Unternehmen spürbar sein. Insgesamt bestehen sicher noch viele Möglichkeiten, behinderte Menschen in normale Arbeitsprozesse einzubeziehen.

HK: Bezüglich der Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in Kindergärten und Schulen stehen Außenstehende ratlos vor dem Streit unter Betroffenen wie unter Experten darüber, was der Förderung nun zuträglicher sei ...

Wolf: Hier konnten wir in den letzten Jahren eine insgesamt positive Entwicklung beobachten. Es gibt eine ganze Reihe

Kindergärten, die integrativ arbeiten, auch Grundschulen. Wo diese Integration praktiziert wird, läßt sich immer wieder zeigen, wie auch Eltern nichtbehinderter Kinder, die zuvor sehr skeptisch waren, erkennen, daß die Entwicklung ihrer Kinder keineswegs bedroht ist. Die Kinder lernen sehr viel – nicht nur an Zuwendungsbereitschaft zu Schwächeren, sondern an Sozialverhalten überhaupt. Und sie lernen Seiten des Lebens kennen, die ihnen sonst verborgen geblieben wären. Vielleicht sind solche Erfahrungen im Einzelfall nicht leicht zu verarbeiten, letztlich aber stellen sie eine Bereicherung dar.

HK: Behinderte Kinder sollen aber auch nicht zur persönlichen Reifung ihrer nichtbehinderten Altergenossen instrumentalisiert werden. Wann nützt, wann schadet die Integration in Regelkindergärten und -schulen?

Wolf: Nicht für jedes behinderte Kinde muß die Integration in einem Regelkindergarten oder einer Regelschule der richtige Weg sein. Aber es muß doch für jedes Kind prinzipiell die Möglichkeit geben, dort aufgenommen zu werden und prinzipiell muß gewährleistet sein, daß das behinderte Kind die nötige Unterstützung bekommt, um in einem solchen Klassenverband mitleben und mitlernen zu können.

HK: Wir befinden uns in einem tiefgreifenden demographischen Wandlungsprozeß. Der Anteil älterer und alter Menschen nimmt rapide zu. Ist damit auch ein offenerer Umgang mit behinderten Menschen zu erwarten? Schließlich müssen immer mehr Menschen damit rechnen, vom Schicksal der Behinderung getroffen zu werden.

Wolf: An diesem Punkt bin ich etwas ratlos. Die Annahme ist berechtigt und wirkt plausibel: Fast automatisch müßte

ich mich eigentlich solidarisch mit alten und behinderten Menschen fühlen, wenn ich mir vorstelle, daß auch ich alt werde und auch mir möglicherweise bevorsteht, auf Hilfe und Pflege angewiesen zu sein, psychisch krank zu werden oder mit einer Behinderung leben zu müssen. Nur habe ich den Eindruck, daß es dem Menschen sehr schwer fällt, sich in die Lebenssituation anderer zu versetzen. Daher wird die Zunahme alter Menschen nicht zu einer Haltungsänderung gegenüber behinderten Menschen führen, obwohl ich mir dies sehr wünschen würde.

HK: Wo aber läge dann der Ansatzpunkt für eine nötige Bewußtseinsänderung im Umgang mit behinderten Menschen. In der drastischen Drohung, Behinderung kann jeden treffen? Schließlich sind es nur etwa zehn Prozent, die von Geburt an behindert sind...

Wolf: Drohungen können sicher manches bewirken. Aber wenn es um die Entwicklung von Einstellungen und Haltungen geht, bilden sie eine schlechte Basis. Es ist eine Frage bewußten und wachen Lebens, sich immer wieder klar zu machen, was eigentlich nicht selbstverständlich ist an meinem bisherigen Lebensweg und was auf mich oder meine Angehörigen zukommen kann. Außerdem versuchen wir ja nun gerade von unserem christlichen Menschenverständnis her, uns immer wieder bewußt zu werden, daß wir einzelne Teile einer Gemeinschaft sind, daß wir aufeinander angewiesen sind, daß der andere Mensch ebenso wie wir selbst uneingeschränkt wertvoll ist – vor Gott und damit auch vor den Menschen. Aufmerksamkeit füreinander und die Bereitschaft, Verantwortung füreinander zu übernehmen, müssen dann nicht Opfer sein, sondern machen Lebensqualität aus, sind Bereicherung.

Zwischen Wissenschaft und Kirche

Der spannungsreiche Auftrag theologischer Fakultäten

Sowohl innerhalb wie außerhalb der Kirche stehen die theologischen Fakultäten unter Rechtfertigungsdruck. Ein Forschungsprojekt der Theologischen Fakultät Innsbruck widmet sich derzeit der Frage nach dem Spezifikum theologischer Forschung im Horizont moderner Wissenschaftlichkeit. Auf dessen Hintergrund skizziert Wilhelm Guggenberger, Assistent am Innsbrucker Institut für Moralthologie und Gesellschaftslehre, das Spannungsfeld, in dem sich wissenschaftliche Theologie heute bewegt.

An staatlichen Universitäten des deutschsprachigen Raumes sind Theologische Fakultäten eine weithin anerkannte, zumindest aber geduldete Realität. In einem Land wie Tirol, das meinen persönlichen Erfahrungshorizont bildet, und das sich offiziell nach wie vor gern als katholisch präsentiert, wird man als Mitglied einer solchen Fakultät im öffentlichen Leben sogar ein wenig hofiert; so wie es eben Tradition ist,

den Bischof zu jeder nur irgend relevanten Festlichkeit als Ehrengast zu bitten und jedes Bauwerk, das über der Kategorie des Einfamilienhauses liegt, kirchlich segnen zu lassen. Dies mag für Theologen ein beruhigendes Ambiente sein, die Ruhe aber – weitet sie sich zu sehr aus – schadet der Regheit des Geistes; bergende Traditionen – verlieren sie an Substanz – geraten all zu leicht zur Fessel. So ringen denn